

SYSTEMRELEVANT

Transkript: Folge 216

Wie Armut der Demokratie schadet

Wie verändert sich das Vertrauen in die Demokratie, wenn Abstiegsängste bis in die Mittelschicht ausstrahlen? Marco Herack spricht mit WSI-Direktorin Bettina Kohlrausch, Dorothee Spannagel und Jan Brülle über den aktuellen Verteilungsbericht.

Marco Herack:

Heute ist Dienstag, der 5. November 2024. Willkommen zur 216. Ausgabe von Systemrelevant. Mein Name ist Marco Herack und unser heutiges Thema ist nicht die Wahlen in den USA. Allerdings geht es um Armut, die sich verfestigt und Ungleichheit, über die hier berichtet wird. Und dazu begrüße ich recht herzlich Bettina Kohlrausch. Hallo Bettina.

Bettina Kohlrausch:

Hallo!

Marco Herack:

Du bist Direktorin des WSI, dem Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut der Hans-Böckler-Stiftung und Dorothee Spannagel. Hallo.

Dorothee Spannagel:

Hallo.

Marco Herack:

Du bist Referatsleiterin für Verteilungsanalyse und Verteilungspolitik, ebenfalls am WSI und Jan Brülle. Ich grüße Dich.

Jan Brülle:

Hallo!

Marco Herack:

Du bist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Referat Verteilungsanalyse und Verteilungspolitik am WSI.

Und an unsere Hörerinnen und Hörer vorweg wie immer der Hinweis, dass wenn ihr uns erreichen möchtet, könnt ihr uns per E-Mail an systemrelevant@boeckler.de antickern. Also Hinweise, Korrekturen, Unmut und Anregungen bitte einfach per E-Mail einsenden. In den Shownotes findet ihr die sozialen Netzwerke sowie unsere weiteren Podcasts. Derer haben wir zwei und wir freuen uns natürlich sehr, wenn ihr uns in einem Podcatcher eurer Wahl abonniert.

Ich habe das schon ein bisschen angeteasert. Ungleichheit meint meistens den Verteilungsbericht und über genau den werden wir uns heute unterhalten. Bettina,

vielleicht kannst du uns ganz kurz erinnern, was der Verteilungsbericht ist und was er sein möchte, also was der Gedanke dahinter ist.

Bettina Kohlrausch:

Das kann ich gerne machen. Dorothee, die das schon viel länger verantwortet, als ich Instituts-Direktorin bin, kann das bestimmt noch ergänzen. Aber das WSI bringt jedes Jahr einen Verteilungsbericht raus, in dem wir die Verteilung der Einkommen analysieren, aber auch darstellen, welche gesellschaftlichen Folgen diese Ungleichheit hat und versuchen, die auch ein bisschen zu qualifizieren.

Also wie geht es Menschen eigentlich, wenn sie wirklich wenig Geld haben? Und das haben wir auch dieses Jahr wieder getan. Wir kümmern uns also um Einkommensungleichheit. Es gibt ja viele Dimensionen von Ungleichheit. Wenn man sich materielle Ungleichheit anguckt, dann ist ein Indikator ganz sicher Einkommen. Ein anderer ist sicherlich auch Vermögen. Aber wir konzentrieren uns hier auf die Einkommensungleichheit.

Dorothee Spannagel:

Ich kann auch gar nicht so furchtbar viel sagen, weil ich gerade heute mit Jan nachgeguckt habe oder wir es davon hatten. Den gibt es tatsächlich schon sehr lange als jährlichen Bericht, den Verteilungsbericht nämlich seit Mitte der 90er Jahre. Also wir feiern, glaube ich wirklich, wenn das stimmt, nächstes Jahr 30-jähriges Jubiläum.

Bettina Kohlrausch:

Oh wow.

Dorothee Spannagel:

Mit dem Verteilungsbericht.

Marco Herack:

Ja, da wird es dann auch irgendwann schwierig, alle mitgemacht zu haben.

Dorothee Spannagel:

Ja, nee, damit kann ich nicht dienen.

Marco Herack:

Wie schaut ihr euch das dann an? Also auf welchen Daten beruht denn das Ganze? Gibt es da irgendeine Statistik vom Statistikamt oder wie kommt ihr da drauf?

Dorothee Spannagel:

Also wir nehmen eigentlich seit Jahren immer das sozioökonomische Panel, das am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung erhoben wird, weil das einfach ein Datensatz ist, der sehr, sehr gut und sehr detailliert und sehr valide Einkommen abfragt und das auch noch im jährlichen Vergleich. Das heißt, es ist eine Panelstudie, es werden immer wieder dieselben Personen und Haushalte befragt und man kann

dann eben wirklich sehr schön nachzeichnen, wie sich denn auch die Verteilung der Einkommen über die Jahre hinweg verändert hat. Und die ergänzen wir dann auch, wie zum Beispiel in diesem Jahr mit Daten bei uns aus dem Haus, um einfach da noch mal mit speziellen Themen tiefer einzusteigen, die das Soep so nicht abbildet.

Marco Herack:

Das sind dann so die aktuellen Daten. Also wir reden jetzt dann über das Jahr bis 2023?

Dorothee Spannagel:

Bei den Daten bei uns im Haus: Ja. Ansonsten: Nein. Für die Daten des sozioökonomischen Panels gilt, dass die immer eine relativ lange Aufbereitungszeit haben. Und die Daten, die wir jetzt verwenden konnten, die haben Jahreseinkommensdaten bis zum Jahr 2021. Für Datenforscher ist das schon sehr, sehr neu. Die sind nämlich wirklich erst vor zwei Wochen überhaupt der Wissenschaft zugänglich gemacht worden, diese Daten.

Marco Herack:

Okay, also das ist aber dann doch ein ganz schönes Stück weit weg. Wir haben ja jetzt schon Ende 2024.

Dorothee Spannagel:

Genau da sieht man auch, wie viel Vorbereitungsaufwand oder Aufbereitungsaufwand dahintersteckt. Eben, dass wenn man wirklich so eine große repräsentative Befragung gut aufbereiten will und auch die Daten wirklich gut zur Verfügung stellen will.

Marco Herack:

Und um euch der Aktualität zu nähern, kommen dann auch noch die eigenen Daten dann dazu.

Dorothee Spannagel:

Genau.

Marco Herack:

Okay, also das heißt, wir können durchaus auch über letztes Jahr reden, weil ich erinnere mich, Bettina, als wir das letzte Mal, glaube ich, darüber geredet haben, war es ja so, dass wir da so ein bisschen noch am Rätseln waren, wie sich denn die Corona-Zeit ausgewirkt hat. Und jetzt habe ich schon kurz bei 2021 so ein bisschen geschluckt, weil da ist ja ganz Corona noch nicht so richtig drin. Also eigentlich schon, aber. Na ja.. Genau das wäre auch meine erste Frage, ob während der Corona-Zeit bzw. wir hatten damals die Vermutung, dass sich die Ungleichheit im Lande, ich halte das jetzt mal sehr allgemein noch vergrößert hat. Während der

Corona-Zeit und vor allen Dingen aber auch sich Armut verfestigt hat. Hat sich denn das jetzt bestätigt?

Jan Brülle:

Also was wir auf jeden Fall sagen können, ist eben mit den Daten des sozioökonomischen Panel, ist, dass zumindest wenn wir bis 2021 uns das anschauen, dass wir doch einen relativ klaren Trend haben zu steigender Einkommensungleichheit und auch steigenden Armutsrisiken. Also das zeigt sich hier sehr deutlich. Wir haben da immer so den Zeitraum zwischen 2010 und dann 2021 angeschaut und dann erhöht sich Armut, also der Anteil derjenigen, die unter 60 % des Medians zur Verfügung haben, tatsächlich um über drei Prozentpunkte, also von 14 % etwa auf 17,8 % in 2021. Und da ist ja durchaus die Pandemie schon im vollen Gange. Also das ist sozusagen mitten in der Corona-Pandemie.

Bettina Kohlrausch:

Gleichzeitig muss man natürlich schon sagen, auch wenn man über Trends nachdenkt, waren das noch, wenn man sich die wirtschaftliche Entwicklung und auch die Arbeitsmarktentwicklung anguckt, ja noch ganz gute Rahmenbedingungen. Und wenn man dann über Trends nachdenkt, dann gibt es eigentlich nichts an den Rahmenbedingungen, was dafür sprechen würde, dass sich die Situation verbessert hat, weil wir jetzt mit dem Ukrainekrieg ja auch noch mal eine ganz andere Belastung durch die Inflation hatten und jetzt eben auch schon sehen, dass, wenn wir zum Beispiel an VW denken, dass es auch auf dem Arbeitsmarkt es tendenziell ein bisschen enger wieder werden könnte in der Zukunft, so dass es natürlich einerseits ein bisschen frustrierend ist, wenn man wissen will, was ist heute, wenn man erst Daten von 2021 hat. Aber wenn man das, was wir über die Zeit jetzt gesichert wissen, zusammenfügt, was wir wissen über die Rahmenbedingungen, wie sie sich verändert haben in der Zeit bis hier hin, kann man vielleicht schon mit aller gebotenen Vorsicht sagen. Es ist sehr wahrscheinlich, dass diese Verfestigung von Armut und Zunahme ein Trend ist, der sich auch weiter abzeichnen wird. Also wir sehen definitiv keine Trendwende.

Marco Herack:

Gibt es denn Gruppen, die da besonders stark betroffen sind? Also soweit ich mich erinnere, gibt es ja auch bei der Armut unterschiedliche Gruppen. Es ist ja nicht einfach so, dass das sind die Armen fertig, sondern da gibt es ja auch noch Untergruppen.

Dorothee Spannagel:

Also man kann bei Armut, glaube ich, wenn man sagt, das sind Haushalte, die unterhalb von 60 % des Medianeinkommens liegen, das ist ja keine homogene Gruppe. Da gibt es Haushalte, die knapp an der Grenze liegen, knapp drunter liegen, vielleicht auch nur ganz kurz drunter liegen, weil eben eine kurze Phase von Arbeitslosigkeit oder sowas ist. Und es gibt eben Haushalte, die verfestigt in

Einkommensarmut leben bzw. Haushalte, die in sogenannter strenger Einkommensarmut leben. Das sind Haushalte, die haben nur die Hälfte des mittleren Einkommens zur Verfügung. Und da sehen wir eben zum Beispiel, wenn man sich das anschaut, das hat noch mal einmal ganz andere Auswirkungen auf deren materielle Situation, als es bei Menschen ist, die vielleicht direkt an der Grenze der Einkommensarmutsgrenze sind.

Jan Brülle:

Und vielleicht nur als Ergänzung, damit man sich da auch ein bisschen mehr darunter vorstellen kann. Also die Armutsschwelle: Wenn wir die 60 % des Medians nehmen, die lag 2021 für einen Single Haushalt so bei 1.350 € im Monat. Also das Haushaltseinkommen, das man dann tatsächlich zur Verfügung hat. Für die strenge Armut geht das dann eben noch mal ein bisschen runter auf 1.120 € etwa. Also das sind so die Schwellenwerte, die wir da verwenden.

Bettina Kohlrausch:

Das ist ja wirklich nicht besonders viel Geld. Aber ihr habt auch, und das finde ich total interessant, auch angefangen in den Verteilungsberichten, das so ein bisschen zu qualifizieren. Weil wir definieren Armut ja relativ. Das ist, auch wenn man diesen Teilhabegedanken in den Vordergrund stellt, total vernünftig. Also zu sagen: Armut definiert sich eben auch dadurch, was andere haben. Wenn alle sehr, sehr viel haben, dann brauche ich eben auch ein bisschen mehr, um an der Gesellschaft und ihren Standards teilzuhaben. Deshalb definiert man Armut eben relativ. Aber dann kommt ganz häufig das Gegenargument: Na ja, wenn es allen besser geht, dann steigt auch die Armutsschwelle. Also gibt es dann auch mehr Arme. Also ist es überhaupt nicht aussagekräftig. Was bedeutet das überhaupt, wenn jemand arm ist? Ich finde, wenn man jetzt diese Zahlen und Summen hört, dann ist einem erstmal schon mal klar, dass es wirklich nicht viel Geld. Aber was ich auch sehr spannend immer finde, ist, dass ihr noch mal qualifiziert, wie die dann auch leben und auf was sie alles verzichten müssen.

Dorothee Spannagel:

Ja, ich kann dazu vielleicht noch einen Gedanken aufgreifen oder anknüpfen an das, was du gerade gesagt hast, Bettina. Wenn wir jetzt diese Armutsgrenze von 1350 haben, da muss man vielleicht noch eines dazufügen, mit Blick auf die extrem hohe Inflation in den letzten Jahren. Das heißt: Mit dieser extrem hohen Inflation waren diese 1.350 € plötzlich vergleichsweise wenig wert im Vergleich zu früher. Und deswegen, das ist ein Punkt, sich auch immer dann anzugucken: Wie sieht denn eigentlich der Lebensstandard dieser Menschen aus, weil man sich eben plötzlich von eben diesen 1.350 € viel weniger leisten konnte. Und da haben wir jetzt in diesem Verteilungsbericht zum Beispiel ausgewertet, ob es denn Grundgüter des täglichen Bedarfs gibt, die sich Menschen nicht leisten können. Und da sieht man eben zum Beispiel, dass Menschen, die unterhalb der Armutsgrenze leben, zu etwa 10 %

sagen, sie können sich, und das sind Zahlen die sich auf das Jahr 2021 beziehen, sie können es sich nicht leisten, abgetragene Kleidung zu ersetzen. Das ist ein Punkt, wo ganz klar wird, wenn man sich das nicht leisten kann, dann ist schon ein sehr starker Ausschluss aus der Gesellschaft damit gegeben. Oder wenn man irgendwie sieht, dass beispielsweise fast 17 % sich nicht leisten können, einmal im Monat ins Kino zu gehen oder eine entsprechende vergleichbare Theaterveranstaltung, Sportveranstaltung etc. zu besuchen. Also da sieht man sozusagen, welche Auswirkungen das dann für das Leben der Menschen selber hat, wenn sie mit so wenig Geld zurande kommen müssen.

Marco Herack:

Jetzt reden wir immer sehr viel über die Armen, so ganz gewohnheitsmäßig auch. Aber es gibt ja immer so eine Frage, die dabei hinten runterfällt, weil es gibt ja auch noch Reiche. Wenn die einen immer ärmer werden, ist ja die Frage, werden die anderen immer reicher? Könnt ihr das auch sehen?

Dorothee Spannagel:

Also in der Tendenz kann man das so sagen. Wobei das tatsächlich nichts ist, was wir jetzt in diesem Verteilungsbericht schwerpunktmäßig angeguckt haben. Aber was man zum Beispiel ganz klar sagen kann, wenn man sich diese Periode seit 2010 anguckt: Wir haben steigende Armutsquoten, wir haben vor allem eine steigende Quote von Menschen in strenger Armut. Wir sehen, wenn man jetzt sich Einkommensreichtum anguckt, da ist die Grenze das Doppelte des mittleren Einkommens, die bleibt relativ stabil bei plus minus 8 %. Und wenn man sich dann noch mal eine spezielle Gruppe anguckt, nämlich die sogenannten sehr Reichen, also auf Einkommen bezogen sehr Reichen, die dieses Glück haben, mehr als das Dreifache des mittleren Einkommens zu haben, Da sieht man, dass es in der Tendenz ein bisschen steigt über die Jahre hinweg. Und wenn man jetzt das ergänzt mit dem, was man einfach von anderen Studien weiß, die sich wirklich die Top Vermögenden angucken, also Forbes Listen, Managermagazine und solche Sachen und die World Wealth Reports von irgendwelchen Großbanken, dann wissen wir, dass die tatsächlich deutlich hinzugewonnen haben in den Krisen der letzten Jahre.

Bettina Kohlrausch:

Also wenn man das Ausmaß von Ungleichheit, also im Hinblick auf die Verteilung materieller Güter wirklich erfassen möchte, dann muss man sich Einkommen und Vermögen angucken. Aber natürlich die Untersten, die haben in der Regel kein Vermögen, und für die ist es dann eben auch das, wovon sie da leben müssen. Und insofern ist natürlich dieser Befund, dass Armut sich so verfestigt hat und noch mal die strenge Armut auch noch mal deutlich zugenommen hat. Also das es wirklich ein Teil der Gesellschaft gibt, die einfach auch an Lohnzuwächsen überhaupt nicht teilgehabt hat oder in viel, viel, viel geringeren Maß teilgehabt hat. Das ist vor allen Dingen, glaube ich, der ganz interessante und spannende Befund. Und dann ist es auch noch so, das fand ich auch spannend. Es gibt Arme und Reiche, aber es gibt

natürlich auch die Mitte. Und es gibt so eine Zone der Prekarität. Also Menschen, die nicht arm sind, aber bedroht von Armut und nicht sicher. Und die ist interessanterweise kleiner geworden. Und da habe ich Jan glaube ich gestern gefragt, ob er eigentlich glaubt, dass die jetzt ärmer oder reicher sind.

Jan Brülle:

Also wir haben uns ja im Bericht keine individuelle Mobilität angeschaut. Wir haben uns jetzt nicht angeschaut, wo landet Person X, die ein prekäres Einkommen hatte, wo landet die im nächsten Jahr? Aber was wir eben sagen können ist, wie ändern sich die Größen dieser Gruppen. Und es ist schon so, wie du sagst, dass eben die Prekarität sinkt, also diejenigen, die sozusagen leicht überhalb der Armutsschwelle liegen. Die Gruppe wird geringer und dafür wird eben Armut größer. Und es gibt eigentlich bei den anderen Gruppen keine, die jetzt im gleichen Maße größer wird. Also die untere Mitte, die obere Mitte, die bleiben auch alle relativ gleich. Das heißt, dieser Rückgang der Prekarität erscheint schon. Vor allem diesen Anstieg der Armut gegenüberzustehen. Also was natürlich schon eher eine Abwärtsmobilität nahelegt.

Marco Herack:

Vielleicht sollten wir ganz kurz noch mal dieses Wort Prekarität erläutern, Jan.

Jan Brülle:

Ja, also was wir gemacht haben im diesjährigen Bericht, was so ein bisschen unser Schwerpunkt war, war zu gucken, wie sieht es eigentlich mit der unteren Einkommenshälfte insgesamt aus? Also wir haben uns alle diejenigen angeschaut, die weniger als das Medianeinkommen zur Verfügung haben. Das heißt die unteren 50 % der Verteilung und haben die Gruppe, weil das natürlich sehr heterogen ist, haben die noch mal unterteilt. Da haben wir einmal die Armen über, die haben jetzt schon relativ viel gesprochen. Das sind alle diejenigen, die eben unter der Armutsschwelle sind. Und dann haben wir diejenigen in Prekarität, wie wir das nennen. Und wir orientieren uns da an den gängigen Konventionen. Die definieren wir als diejenigen zwischen 60 und 80 %. Die sind also oberhalb der Armutsschwelle, aber nicht besonders weit. Also die sind sozusagen nur ein paar 100 € von der Armutsschwelle entfernt. Und dann oberhalb dieser 80 %, die dann sozusagen die Zone der Prekarität abgrenzt. Schauen wir uns dann noch die untere Mitte an, also das sind dann diejenigen, die zwischen 80 % und 100 % des Medians zur Verfügung haben. Und die drei Gruppen haben wir uns dann eben im weiteren Bericht ein bisschen genauer angeschaut in Bezug auf die materielle Teilhabe. Da haben wir eben schon drüber gesprochen, aber eben auch ein bisschen darüberhinausgehend.

Marco Herack:

Das ist doch keine gesunde Entwicklung, oder? Also gerade über die lange Zeitschiene. Das heißt doch nichts Gutes.

Bettina Kohlrausch:

Nee, das ist keine gute Entwicklung. Ich habe ja schon gesagt, dass wir jetzt in der letzten Zeit immer auch ein bisschen versucht haben zu zeigen, welche gesellschaftlichen Auswirkungen haben diese Entwicklung eigentlich? Und dass eben dieses Jahr auch mit Schwerpunkt auf die Demokratie. Und was man sehen kann, ist: Man kann schon sehen, dass Menschen, die von Armut betroffen sind, ein geringeres Vertrauen in die Demokratie haben und auch in die Institutionen der Demokratien geringeres Vertrauen haben und generell eher auf Distanz zu der Idee gehen. Das ist natürlich schon ein Problem, weil das natürlich die Gesellschaft als Ganzes dann eben auch betrifft und auch Konsequenzen hat. Und natürlich die letztlich auch am Fundament nagt, auf dem wir alle leben, weil wir nun mal in einer demokratischen Grundordnung leben. Und ich glaube, dass das auch was damit zu tun hat, dass die Menschen das Gefühl haben, dass diese Gesellschaft, so wie sie ist, eben nicht für sie ist, weil sie an dieser nicht teilhaben können. Das hat Jan eben in verschiedenen Teilhabedimensionen sehr schön beschrieben, dass Menschen, die wenig Geld haben, die arm sind, dass denen ganz viele Möglichkeiten der Teilhabe verwehrt sind.

Marco Herack:

Wenn wir diese Entwicklung sehen und sie ja auch mit Zahlen belegen können, dann ist es ja auch etwas, was Menschen quasi explizit erfahren. Also wir reden jetzt über das Abstrakte, aber diejenigen, die da reinfallen in diese Kategorien, dieerspüren das in ihrem Alltag, erfahren das in ihrem Alltag. Und Dorothee, vielleicht kannst du mir da helfen, aber habt ihr euch auch mal angeschaut, wie das Angstverhalten oder die Angstaussprägung sich dazu verhält? Also ob da auch eine größere Abstiegsangst in dem Ganzen aufploppt?

Dorothee Spannagel:

Ja, das haben wir uns tatsächlich angeguckt und zwar mit Daten bei uns aus dem Haus. Aus der HBS-Lebenslagenbefragung haben wir uns angeguckt, wie sehr denn Menschen sagen oder der Aussage zustimmen, dass sie sich große oder sehr große Sorgen machen, ihren Lebensstandard in Zukunft nicht halten zu können. Und das sind jetzt Daten eben aus dem HBS-Lebenslagendatensatz. Und da haben wir zwei Zeitpunkte, die wir miteinander vergleichen können, nämlich einmal das Jahr 2020, also wirklich so mit Einsetzen der ganzen Krisen und dann einmal das Jahr 2023. Und wenn wir uns da die Zahlen mal angucken, jetzt für die verschiedenen Einkommensgruppen, die wir im Verteilungsbericht im Fokus untersuchen, sieht man eben, dass 2023 in allen Gruppen das deutlich höher ist, also der Anteil der Menschen, die sagen, sie haben Sorge, dass sie ihren Lebensstandard nicht halten können in Zukunft. Auch in der oberen Mitte, also auch für die, die ein Einkommen oberhalb des Medians haben. Da haben wir einen großen Sprung gegenüber 2020, was ja, glaube ich, jeder sehr gut nachvollziehen kann, woher der wohl resultiert. Also diese allgemeine Verunsicherung, die sich da abbildet. Aber wir sehen eben auch, dass zum Beispiel bei Menschen in Armut 2023 rund 55 % fast sagen, sie haben Angst um ihren Lebensstandard. In der Zone der

Prekarität sind es sogar, wenn man etwas großzügiger rundet, fast 60 %, während in der oberen Mitte deutlich unter 50 % sagen, sie haben Angst, ihren Lebensstandard nicht halten zu können. Und diese Verunsicherung, das ist ein Argument, das wir im Verteilungsbericht sehr stark machen, die eben bis in die Mitte der Gesellschaft hineinreichen, sie beschränken sich nicht nur auf Armut. Und solche Verunsicherungen führen aber auch dazu, dass Menschen nicht voll an der Gesellschaft teilhaben können, weil sie eben zum Beispiel dann sagen: Ja, sie leisten sich keinerlei wichtigen Güter mehr, weil sie Angst haben. Das können sie sich in Zukunft nicht leisten. Sie ersetzen vielleicht irgendwie doch irgendwie die Waschmaschine nicht, weil sie Angst haben, das können sie sich sonst in Zukunft nicht leisten. Oder sie tätigen keine größeren Investitionen, weil sie eben Angst um ihren Lebensstandard haben.

Bettina Kohlrausch:

Wir haben ja auch in anderen Studien schon gesehen, dass diese materiellen Sorgen auch das Misstrauen in demokratische Institutionen zumindest stärken. Was glaube ich auch damit zu tun hat, dass Verlässlichkeit und Vertrauen auch auf eine Zukunft, auf die Tatsache also, dass man darauf vertrauen kann, dass die Rahmenbedingungen, unter denen ich, was Dorothee auch beschrieben hat, heute Haushalte oder mein Leben planen, dass die morgen auch noch gelten. Und ich glaube, diese Verunsicherung, die wir in den Daten spüren, die bis weit in die Mitte hinein geht, die ist einfach ganz grundsätzlich auch schädlich für die Demokratie, weil Vertrauen einfach eine ganz zentrale Grundlage, glaube ich, gesellschaftlichen Zusammenhalts ist. Und auch von Demokratien, die darauf angewiesen sind, dass Menschen den Institutionen und auch sich untereinander vertrauen können.

Dorothee Spannagel:

Ich glaube auch tatsächlich, dass solche Ängste und Verunsicherungen, dass das auch Punkte sind, die sich unter Umständen politisch für ungeschickte Zwecke oder für antidemokratische Zwecke auch vergleichsweise leicht mobilisieren lassen. Also das ist, glaube ich, auch was, wo Menschen dann wirklich leichter, vielleicht ansprechbar sind für so leere populistische Versprechungen gegenüber Menschen, die eben wissen, okay, ihr Lebensstandard ist vielleicht nicht bombig, aber er ist wenigstens sicher.

Bettina Kohlrausch:

Ja, und auch die Rahmenbedingungen verändern sich nicht von jetzt auf gleich. Ich habe manchmal das Gefühl, dass diese Erschütterungen, die dann zu einer Zunahme von Armut in bestimmten Einkommensgruppen geführt haben, natürlich auch bei den anderen ankommen. Im Sinne eines Wissens um die Bedrohung, dass von jetzt auf gleich geglaubte Sicherheiten schnell verloren gehen können. Und deshalb eben nicht nur die Leute betreffen, die dann wirklich arm sind, sondern viel, viel weitere Kreise ziehen.

Marco Herack:

Jetzt ist ja irgendwie die Frage: Was machen wir damit? Also ihr macht regelmäßig den Bericht, stellt fest, dass es so ist, dass es immer schlimmer wird. Ich habe aber irgendwie nicht das Gefühl. Also es gab bei der letzten Bundestagswahl zumindest mal den Ansatz, was gegen Kinderarmut zu tun. Ich habe aber auch das Gefühl, dass ist nur so ein bisschen umgesetzt worden. Also es scheint aktuell. Also ich will jetzt nicht zynisch klingen, aber es scheint aktuell politisch niemanden so richtig zu stören. Das heißt, das ist dann so, wie es ist.

Bettina Kohlrausch:

Sagen wir mal so, also fairerweise muss man schon sagen, dass eine ganze Menge gemacht worden ist, um auch die hohe Inflation auszugleichen. Dass ich jetzt aber in der aktuellen Debatte spätestens um den Haushalt, die Bereitschaft, irgendwie größere finanzielle Summen zu mobilisieren, um auch gerade den unteren Teil der Gesellschaft zu schützen, offensichtlich zumindest bei einem Partner der Koalition nicht mehr da ist und ich nicht weiß, ob die anderen beiden die Dringlichkeit und Notwendigkeit verstanden haben.

Dass es nämlich nicht nur ein paar Bürgergeldbezieher sind, die dann ein bisschen weniger Geld haben, was schlimm genug ist, sondern dass es hier um die Grundlagen, das würde ich tatsächlich so grundsätzlich formulieren, in unserer Gesellschaftsordnung geht und dass am Ende des Tages alle demokratischen Kräfte daran ein Interesse haben sollten, diese Armut und diese Ungleichheit, die wir erleben und die zugenommen hat, abzubauen und zu verringern, weil das eben wichtig ist für Demokratien, dass sie nicht zu sehr auseinanderdriften.

Und wir wissen auch aus der historischen Forschung extreme Ungleichheit in Gesellschaften, ungleiche Gesellschaften, sind tendenziell gefährdet ins Autoritäre zu kippen. Und dann ist die Demokratie bedroht, und das ist am Ende zum Schaden aller demokratischen Parteien. Aber nichtsdestotrotz haben Jan und Dorothee wie jedes Jahr eine Reihe konstruktiver Vorschläge gemacht, wie man das ändern könnte.

Marco Herack:

Wollt ihr da noch kurz was zu sagen? Jan, vielleicht ein paar der wichtigeren Punkte.

Jan Brülle:

Ich überlege gerade ehrlich gesagt, dass man ja schon auch konstatieren kann, dass es durchaus auch Momente gab in den letzten Jahren, wo die Politik durchaus Maßnahmen auf den Weg gebracht hat, die da eigentlich das Potenzial haben, positiv zu wirken. Also so was wie eine Mindestloohnerhöhung, wo ja auch Studien aus unserem Haus zeigen, die können durchaus auch sehr positiv wirken, nicht nur auf Lohnungleichheiten, sondern auch Einkommensungleichheiten tatsächlich verringern. Das Bürgergeld wurde erhöht, auch wenn es tatsächlich nicht ausgereicht hat, um die Inflation auszugleichen. Es gab die Idee, eine Kindergrundsicherung

einzuführen. Es gab ja durchaus auch Projekte, die beitragen können zu einer Verringerung der Einkommensungleichheit.

Was aber jetzt in den letzten Monaten deutlich geworden ist, dass die eben auch ziemlich schnell dann wieder auf dem Prüfstand stehen und dass dann auch die Maßnahmen sind, die dann wieder sehr umstritten sind, wo dann wieder eine Nullrunde fast beim Mindestlohn, Nullrunde beim Bürgergeld und Kindergrundsicherung eben jetzt gerade mit einer sehr unsicheren Zukunft.

Also da ist vielleicht auch mal wichtig zu sagen, es gibt sozusagen durchaus diese Ansätze, die aber noch gar nicht so richtig die Chance hatten, sich sozusagen in niedriger Einkommensungleichheit oder in niedriger Armut dann tatsächlich auszuwirken.

Bettina Kohlrausch:

Ja, das finde ich ganz wichtig. Das war auch das, was ich mit den Maßnahmen gegen die Inflation meinte. Ich habe ehrlich gesagt, gerade die ganzen Instrumente kann ich jetzt nicht so abrufen aus dem Kopf. Aber es gab ja schon auch verschiedene Versuche, auf die stärkeren Belastungen zu reagieren. Und man kann jetzt auch nicht behaupten, dass das alles nichts gebracht hat. Aber in der Tat, da bin ich bei Jan, das finde ich auch erschütternd, wie schnell das dann alles wieder auf dem Prüfstand steht, anstatt anzuerkennen, dass das ein richtiger und für die Gesellschaft als Ganzes wichtiger Weg war.

Marco Herack:

Was mich daran so fasziniert, ist, dass genau diese Diskussionen des oder das Infragestellen der getroffenen Maßnahmen dann ja genau im Grunde dieses Signaling sind. Eigentlich wollen wir nicht, dass ihr Geld habt oder eigentlich wollen wir nicht, dass es euch gut geht. Also wenn wir darüber reden, dass da eine aufkeimende Verunsicherung auch zu sehen ist, dann wäre das ja genau der Punkt, wo man sagen muss: Na ja, vielleicht sollten wir auch das mal lassen, weil das verunsichert Menschen natürlich auch, weil sie genau wissen, ab einem gewissen Punkt, wenn ich da und da hin komme, dann geht es mir richtig schlecht.

Dorothee Spannagel:

Ich glaube, man kann das vielleicht so in diese Richtung ganz gut nachvollziehen, wenn man sich die Diskussionen anguckt, die wir um das Bürgergeld jetzt in den letzten Monaten hatten. Wo einfach pauschal einer Gruppe von vornherein unterstellt wird, zumindest von manchen Kreisen von vornherein unterstellt wird: Arbeiten wollen die sowieso nicht, diese Bürgergeld Bezieherinnen und Bezieher. Und wenn sie mehr Geld bekommen, dann geben sie es wahrscheinlich für Alkohol und Zigaretten aus oder gehen erst gleich dreimal nicht arbeiten. Und von selber bemühen sie sich auch nicht um Jobs. Ich fasse das jetzt mal ein bisschen zugespitzt zusammen, aber dass das natürlich nichts ist, wo man sagt, für diese Gruppe stärkt das jetzt zwangsläufig das Vertrauen in das Funktionieren unserer Institutionen und unserer Demokratie, weil sie merken, dieser Staat oder diese Gesellschaft tut was für

uns. Kann man, glaube ich, sehr leicht nachvollziehen und gleichzeitig aber auch dieses gegeneinander ausspielen.

Also zu sagen, die, die drüber sind, müssen auf jeden Fall mehr haben. Und das geht aber auch nur, indem man denen, die drunter sind, möglichst mehr wegnimmt oder gar nicht erst so viel gibt. Statt einfach ganz pragmatisch zu sagen: Die, die in Arbeit sind, könnten auch mehr haben, weil sie bessere Löhne bekommen. Immer dieses gegeneinander ausspielen von gesellschaftlichen Gruppen, was dann ja auch sehr stark zu so Statusängsten führt, die vielleicht auch das ein bisschen sind, was wir im Verteilungsbericht abbilden. Wenn wir sagen, dass zum Beispiel Beziehher prekärer Einkommen Sorge um ihren Status, um ihren Lebensstandard haben, dann haben sie den halt, weil sie diesen Lebensstandard noch haben, aber eben sehen, wie leicht man ihn unter Umständen verlieren kann. Und dass dieses gegeneinander ausspielen von Bevölkerungsgruppen. Das halte ich, glaube ich, für sehr gefährlich, auch mit Blick auf die demokratische Integration.

Bettina Kohlrausch:

Ich glaube auch, dass Statuskämpfe und Statusauseinandersetzungen Demokratiefeinden immer in die Hände spielen, weil es ihnen da gelingt, besonders erfolgreich ihre eigenen Grenzziehungen, die ja eben nicht diese Verteilungsproblematik adressieren, sondern die dann Grenzziehungen zwischen Innen und Außen, zwischen Zugewanderten und Etablierten, zwischen vermeintlich Faulen und Fleißigen. Diese Grenzziehung zu etablieren und als Deutung anzubieten. Und das schadet der Demokratie, weil das ist das genaue Gegenteil von sozialem Zusammenhalt und Solidarität. Und darauf beruhen soziale Marktwirtschaften, die auch demokratisch organisiert sind nun mal.

Marco Herack:

Bevor wir es jetzt ganz aus dem Auge verlieren. Die politischen Maßnahmen, Dorothee, hast du da ein, zwei Vorschläge?

Dorothee Spannagel:

Ja, vielleicht noch mal ganz kurz, Wenn ich noch mal in zwei Sätzen zusammenfassen kann, was für uns jetzt die Kernbotschaft des diesjährigen Verteilungsbericht ist. Zum einen: Wir haben, wenn man so will, eine doppelte Teilhabekrise bei den Menschen, die mit dem Einkommen unterhalb des Einkommens-Medians zurande kommen müssen, nämlich einmal eben ganz, wenn man so will, manifest objektiv Probleme in der materiellen Teilhabe, also einfach materiell genug zu haben, um an dieser Gesellschaft mithalten zu können. Und das betrifft vor allem Menschen, die eben tatsächlich in Einkommensarmut leben. Wir haben aber auch eine ganz stark eingeschränkte Teilhabe bei Menschen, die nicht in Einkommensarmut leben, die vielleicht mit prekären Einkommen zurechtkommen müssen oder die in der unteren Einkommensmitte sind. Nämlich, dass die eine starke Verunsicherung spüren. Wenn man diese beiden Punkte zusammennimmt, also einmal eingeschränkte Teilhabe aufgrund von fehlender materieller Mittel und einmal eingeschränkte Teilhabe

aufgrund von fehlender Sicherheit oder aufgrund von starker Verunsicherung. Anders formuliert sieht man, dass man mehrere Stränge hat, wie man das politisch bearbeiten muss. Also wer wirklich materiell, wem es da am nötigsten teilweise fehlt. Da brauchen wir natürlich stärkere finanzielle Zuschüsse, also Erhöhung des Bürgergeldes. Gucken, dass das auch wirklich ankommt. Also wir wissen ja um die hohe Dunkelziffer derer, die ihren Anspruch nicht geltend machen. Also das wären so zum Beispiel Maßnahmen, dann aber für Menschen, die vor allem unter dieser Verunsicherung leiden, natürlich ganz klar. Da muss auch das Sozialsystem tragen. Die müssen wissen, dass sie später eine ordentliche Rente bekommen, von der sie leben können. Die müssen aber auch wissen, dass sie in einer Erwerbstätigkeit sind, die sie trägt, die tarifgebunden ist, die auf Dauer gestellt ist. Die müssen wissen, dass sie eine sichere Erwerbsintegration haben. Einen sicheren Job haben, von dem sie auch auskömmlich leben können. Und vielleicht noch als dritter Ansatzpunkt, der so ein bisschen für alle, glaube ich gut wäre, einfach eine bessere und funktionierende, auch soziale Infrastruktur haben, dass man wirklich weiß: Okay, der Bus kommt, ich komme dahin, wo ich hinwill, weil der Bus kommt oder die Bahn fährt oder die Brücke stürzt nicht ein. Oder ich kann mein Kind in dieses Schwimmbad schicken, weil dieses Schwimmbad eben da ist und es gibt die Musikschule und da kann mein Kind hin und da komme ich auch mit dem Bus hin oder der Arzt ist da und ich kann irgendwie in meinem Lebensumfeld eben auch mich an Ärzte wenden, weil die tatsächlich da sind. Also da kann man sich jetzt viele Beispiele noch ausdenken, aber auch das, glaube ich, vermittelt Menschen letztendlich Sicherheit darin, dass dieses System funktioniert.

Bettina Kohlrausch:

Und ich finde das auch ganz wichtig, dass diese sozialen Infrastrukturen.. also erstens entlastet das natürlich die unteren Einkommen enorm, weil so viel Steuern kann man gar nicht sparen, wie man spart, wenn man zum Beispiel nicht gezwungen ist, sein Kind auf eine private Schule zu schicken oder die Kinderbetreuung selber einzukaufen oder die Gesundheitsversorgung. Und das andere ist aber auch: Das sind Orte, da kommen wirklich noch unterschiedliche Schichten zusammen. Wenn Kinder auf dieselbe Schule gehen, wenn man am Ende des Tages im selben Krankenhaus liegt, dann wird es eben auch schwierig, diese falschen Grenzziehungen, sage ich jetzt mal die Demokratiefeinde versuchen zu etablieren, wirklich zu ziehen, weil man eben in Kontakt kommt mit den Menschen, über die dann behauptet wird, dass die faul sind. Dann sieht man vielleicht, wie sehr wirklich auch Eltern im Bürgergeld eigentlich ums alltägliche Dasein kämpfen müssen. Also ich glaube, das ist wirklich so dieses ganz konkrete, praktische Zusammenkommen an Orten in der Gesellschaft total wichtig ist. Auch für Demokratien und soziale Infrastrukturen sind Strukturen wichtig, die so etwas gewährleisten. Sei es in der Musikschule oder von mir aus auch im Freibad, je nach Freizeitpräferenz.

Marco Herack:

Dann wären wir am Ende der Folge. Vielen Dank an Bettina Kohlrausch, Dorothee Spannagel und Jan Brülle. Ich danke euch!

Bettina Kohlrausch:

Danke Dir.

Dorothee Spannagel:

Gerne.

Jan Brülle:

Vielen Dank.

Marco Herack:

Wenn ihr dazu noch ein paar Gedanken habt, dann sendet sie uns per E-Mail an systemrelevant@boeckler.de. Also Hinweise, Korrekturen, Unmut und Anregungen bitte einfach per E-Mail einsenden und in den Shownotes findet ihr die Liste der sozialen Netzwerke sowie unsere weiteren Podcasts. Derer haben wir zwei und wir freuen uns natürlich sehr, wenn ihr uns in einem Podcatcher eurer Wahl abonniert. In dem Sinne euch eine schöne Zeit bis nächste Woche. Tschüss.